



Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses

51. Sitzung (öffentlich)

26. April 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:40 Uhr

Vorsitz: Vorsitzende Eva Lux (SPD)

Ergebnisprotokoll: Eva M. Kiwitt

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Die Koalitionsfraktionen regen an, nur eine Auswertung der öffentlichen Anhörung zum Dienstrechtsmodernisierungsgesetz durchzuführen. Die abschließende Beratung bzw. die Abgabe eines Votums an den Haushalts- und Finanzausschuss solle in der nächsten Sitzung des Unterausschusses erfolgen.

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Dienstrechtsmodernisierungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Dienstrechtsmodernisierungsgesetz – DRModG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/10380 (vgl. auch Vorlage 16/3791)
APr 16/1189

Das Plenum hat am 16. Dezember 2015 den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 16/10380 nach erster Lesung einstimmig an den Innenausschuss – federführend –, an den Haushalts- und Finanzausschuss, an den Rechtsausschuss, an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung, an den Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung, an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, an den Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation sowie an den Integrationsausschuss überwiesen.

Der federführende Innenausschuss hat am 07.03.2016 eine öffentliche Anhörung durchgeführt. Der Unterausschuss Personal hat sich als Miteinlader an dieser beteiligt.

Die Aussprache bzw. die Auswertung der Anhörung ist erfolgt. In dem Zusammenhang kündigen die Koalitionsfraktionen an, Änderungsanträge zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung stellen zu wollen.

2 Gesetz zur Änderung des Beamtengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbeamtengesetz – LBG NRW)

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 16/9578
APr 16/1199

Das Plenum hat am 2. September 2015 den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, Drucksache 16/9578 nach erster Lesung an den Innenausschuss – federführend -, an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an den Unterausschuss Personal überwiesen.

Der UA Personal hat sich in seiner Sitzung am 15.09.2015 für eine nachrichtliche Beteiligung an der Anhörung des federführenden Innenausschusses ausgesprochen.

Nach allgemeiner Aussprache hat der Unterausschuss für eine Ablehnung des Gesetzentwurfs votiert. Die Ablehnung erfolgte mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN.

3 Hohe Krankenstände in der Landesverwaltung durch Einführung eines pro-aktiven behördlichen Gesundheitsmanagements senken

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8981
APr 16/1191

Das Plenum hat am 24. Juni 2015 den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 16/8981 nach Beratung einstimmig an den Innenausschuss – federführend –, an den Haushalts- und Finanzausschuss, an den Unterausschuss Personal sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen.

Der federführende Innenausschuss hat am 08.03.2016 ein Sachverständigen-gespräch durchgeführt. Der Unterausschuss Personal hat sich daran nach-richtlich beteiligt.

Nach der Aussprache der Fraktionen, stimmte der Unterausschuss über den Antrag der Fraktion der CDU ab. Der Unterausschuss hat sich mit den Stim-men der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stim-men der Fraktionen von CDU und FDP, bei Stimmenthaltung der Fraktion der PIRATEN, für eine Ablehnung des Antrags ausgesprochen.

4 **Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des § 93 Abs. 2 Schulgesetz (VO zu § 93 Abs. 2 SchulG) für das Schuljahr 2016/2017 Bericht zur Unterrichtsversorgung 2016/2017**

Vorlage 16/3878

Abgabe eines Votums an den Haushalts- und Finanzausschuss

Der Entwurf der Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des § 93 Absatz 2 Schulgesetz ist durch das Ministerium für Schule und Weiterbildung im Einvernehmen mit dem Finanzministerium übersandt worden.

Diese Verordnung bedarf der Zustimmung der zuständigen Fachausschüsse.

Der Unterausschuss Personal **empfiehlt** dem Haushalts- und Finanzausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN, der Verordnung zu Ziffer 1 der Vorlage 16/3878 **zuzustimmen**.

5 **Beihilfeberechtigte entlasten und die Beihilfeabrechnung erleichtern**

Antrag der Fraktion der SPD und der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/11231

Vorlage 16/3888 (zu ergänzenden Fragen der CDU vom 03.03.2016)

Das Plenum hat am 2. März 2016 den Antrag der Koalitionsfraktionen, Druck-sache 16/11231 nach Beratung einstimmig an den Haushalts- und Finanzaus-schuss – federführend – sowie an den Unterausschuss Personal überwiesen.

Mit Schreiben vom 03.03.2016 hat die CDU ergänzende Fragen eingereicht (vgl. Vorlage 16/3888).

Ralf Witzel FDP bittet um Präzisierung des durchgeführten Vergleichsverfahrens mit dem Unternehmen IBM (vgl. Seite 4 der Vorlage 16/3888).

VA Rudolf Krähmer (FM) sagt die Zusendung einer vertraulichen Vorlage zu.

Nach eingehender Diskussion beantragt **Dr. Marcus Optendrenk** namens der CDU-Fraktion, bereits in der heutigen Sitzung abzustimmen bzw. an den Haushalts- und Finanzausschuss zu votieren. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der CDU gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und PIRATEN beschließt der Unterausschuss mehrheitlich, über den Antrag abschließend zu beraten.

Im Anschluss stimmte der Unterausschuss über den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab. Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN, spricht er sich für eine Annahme des (Prüf)-Antrags aus. Die abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss ist für die geplante Sitzung am 02.06.2016 vorgesehen.

6 **Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 17. November 2015 „Mindestabstand der unteren Besoldungsgruppen zum sozialhilferechtlichen Existenzminimum“**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3792

Gemäß **VA Rudolf Krähmer (FM)** liege ein abschließendes Ergebnis der Überprüfung (Nettoalimentation) noch nicht vor. Der Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) wurde um amtliche Auskünfte gebeten. Sobald diese vorlägen, werde das Finanzministerium erneut schriftlich Bericht gegenüber dem Unterausschuss erstatten.

7 **Finanzverwaltung der Zukunft**

Vorlage 16/3862

in Verbindung damit

Nordrhein-westfälische Finanzverwaltung der Zukunft

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 16/6132

Unter Bezugnahme der aktuellen Vorlage 16/3862 soll ein fraktionsübergreifender (neuer) Antrag formuliert werden. Die bislang kommunizierte Fassung des (neuen) Antrags zwischen den Koalitionsfraktionen und der CDU-Fraktion soll dem Finanzministerium zur Verfügung gestellt werden, verbunden mit der Bitte, dazu Stellung zu nehmen. Eine erneute Befassung des Unterausschusses ist für den 31.05.2016 geplant.

Die Beratung dieses Tagesordnungspunktes im Haushalts- und Finanzausschuss am 28.04.2016 soll aufgrund der weiteren Stellungnahme des Finanzministeriums zunächst abgesetzt und erneut in einer der nächsten Sitzungen aufgerufen werden.

8 Duale Ausbildung in der Landesverwaltung NRW (2014)

Vorlage 16/3811

Der ergänzende Bericht – Vorlage 16/3811 - wird zur Kenntnis genommen.

9 Verschiedenes

./.

gez. Werner Lohn
Stellv. Vorsitzender

10.05.2016/11.05.2016
130